

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Frauenbüro/Gleichstellungsstelle</b>	Datum 07.03.2006
	Schriftführerin Gitta Schablack
	Telefon-Nr. <b>02202/142647</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 21. Februar 2006</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr – 18:47 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 15.09.2005  
34/2006**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

7. **Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren (vorgezogen)**  
*16/2006*
8. **Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung (Primarbereich): Zeitplan (vorgezogen)**  
*20/2006*
6. **Aktueller Stand RheinBerg-Passage**  
*55/2006*
9. **Präventionsveranstaltung "Tatort Chatroom, Kinder im Internet - Gefahren die keiner kennt !"**  
*17/2006*
10. **Umsetzung der Aufgabenschwerpunkte des Frauenbüros im Jahr 2005**  
*37/2006*
11. **Dokumentation Mentoring "Women Partnership"**  
*35/2006*
12. **Frauenpolitische Informationen**  
*39/2006*
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

---

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende eröffnet die sechste Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-@

#### 2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

<-@

#### 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 15.09.2005

@->

Auf Nachfrage von Frau Vollmer nach mehr Hintergrundinformation zum Gender Budgeting für ihre Fraktion empfiehlt die Vorsitzende das Studium der in einer der vergangenen Ausschusssitzungen ausgehändigten Broschüre zu diesem Thema. Es gehe konkret um die geschlechtergerechte Ausschreibung des Haushaltes.

<-@

#### 4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Die Vorsitzende berichtet über zwei Veranstaltungen der Verwaltung für Ratsmitglieder zum Thema Neues Kommunales Finanzmanagement. Im Rahmen der Veranstaltungen habe sie den im Ausschuss gefassten Beschluss zum Gender Budgeting in Erinnerung gerufen. Der Bürgermeister habe in der letzten Veranstaltung eine Zusammenfassung zum Gender Budgeting gegeben, die in Schriftform den teilnehmenden Ratsmitgliedern zugegangen sei. Die Vorsitzende sieht im Rahmen des laufenden NKF-Verfahrens den Vorschlägen der Projektgruppe entgegen, in welchen Bereichen Gender Budgeting angewendet werden kann.

Zu gegebener Zeit sei in den von Hauptausschuss und Rat zu verabschiedenden Zielvereinbarungen zum neuen Kommunalen Finanzmanagement darauf zu achten, dass die Beschlussfassung dieses Ausschusses zum Thema Gender Budgeting umgesetzt

werde.

<-@

## 5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Kreilkamp berichtet in Beantwortung einer Anfrage von Frau Lehnert aus der Sitzung des AGFM am 16.06.2005 über die praktische Umsetzung der „Qualifizierung zur Durchführung emanzipatorischer Jugendarbeit“ durch die ausgebildeten Multiplikatoren und Multiplikatorinnen: Nach Auskunft der Weiterbildungsträger wurden nach Durchführung der Qualifizierungsmaßnahmen 10 Kurse an Schulen und anderen Einrichtungen im Rheinisch-Bergischen Kreis durchgeführt. Hierbei handele es sich um von den Multiplikatoren und Multiplikatorinnen auf Anraten der Weiterbildungsträger vorgenommene Kurseinträge, die in einer Datenbank erfasst werden. Es sei davon auszugehen, dass darüber hinaus weitere Kurse im Rheinisch-Bergischen Kreis angeboten und durchgeführt wurden und zukünftig noch werden.

Zum Thema NKF und Gender Budgeting bezieht sich Herr Kreilkamp auf die Ausführungen der Vorsitzenden unter TOP 4 und weist ergänzend darauf hin, dass das NKF-Verfahren die Umstellung des gesamten Finanzwesens bedeute und die Verwaltung vor große Herausforderungen stelle. Im Rahmen der geplanten Realisierung bis zum Jahr 2008 sei Gender Budgeting als ein abzudeckender Teilaspekt zu sehen, den der Bürgermeister als solchen in der Veranstaltung für Ratsmitglieder auch benannt habe.

<-@

## 7 Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren (vorgezogen)

@->

Herr Zenz nimmt Bezug auf die Ausführungen in der Mitteilungsvorlage. Die gewünschte Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren, die beratend mit dem gesamten Beziehungsgeflecht der Familie betraut werden sollen, sei im Endeffekt nicht mit finanziellen Fördermitteln verbunden, im Bereich der Kindertagesstätten sei in der nächsten Zeit mit weiter zurückgehenden Fördermitteln des Landes zu rechnen. Gleichzeitig werden die Anforderungen im Bereich der Kindertagesstätten immer höher, unter anderem auch hinsichtlich der Senkung des Eintrittsalters auf unter 3 Jahre, wodurch Eltern die frühere Rückkehr in die Erwerbstätigkeit ermöglicht werden soll.

Die Idee des Familienzentrums sei gleichwohl auch positiv zu sehen, weil die gesamte Familie mit ins Spektrum rücke und Beratungs- und Fördermöglichkeiten und gegebenenfalls auch notwendige weitergehende Maßnahmen stärker als bisher anvisiert werden. Das Land habe hier eine Art Modellprojekt aufgelegt, bei dem sich alle Kindertagesstätten bis zum 31.03.2006 bewerben können, Familienzentren zu werden. Welche Einrichtung sich an dem Projekt beteiligen und damit wissenschaftliche Begleitung in Anspruch nehmen kann, wird dann das Land entscheiden und die jeweiligen Jugendämter informieren. Für die wissenschaftliche Begleitung stehen 2,5 Mio. Euro Fördermittel bereit. Seitens des Ministeriums ist für jedes Jugendamt bzw. für jeden Jugendamtsbezirk ein mit wissenschaftlicher Begleitung gefördertes Familienzentrum vorgesehen. Fast alle Kindertagesstätten in Bergisch Gladbach befassen sich mit dem Thema Familienzentrum und prüfen, wie sie den Grundgedanken des Familienzentrum, das gesamte familiäre Erziehungsgeschehen und dessen Unterstützung

stärker in ihre Arbeit einbeziehen können. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses sei vorgesehen ein Konzept vorzulegen, das Auskunft darüber geben soll, wie der Gedanke „Familienzentrum“ möglichst breitflächig in Bergisch Gladbach umgesetzt werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Neu berichtet Herr Zenz, es gebe durchaus unterschiedliche Vorstellungen, ob sich jede Kindertagesstätte zum Familienzentrum entwickeln oder die Anzahl sich eher auf z.B. ein Familienzentrum pro Stadtteil begrenzen sollte. Ein weiterer Aspekt sei, dass unterschiedliche Kindertagesstätten ganz verschiedene Konzepte umsetzen, die bedarfsorientiert von anderen Einrichtungen empfohlen werden könnten. Diese Lotsenfunktion, beispielsweise bei einem bestimmten Förderbedarf, rücke stärker in den Vordergrund. Mit Rücksicht einerseits auf die Personalbelastung in den Kindertagesstätten sowie auf den Wunsch nach Qualitätsverbesserung und andererseits auf die Kürzungen müsse jede Einrichtung ihre Entscheidung eigenverantwortlich treffen.

Die demografische Entwicklung sowie die frühere Einschulung wirke sich hilfreich bei der Einrichtung von Angeboten für unter 3-Jährige aus. Es werde sich also die Zielgruppe verändern. Darüber hinaus werde diskutiert, stufenweise die Ausbildung der Erzieherinnen zu verbessern, zunächst zumindest die Leitungen der Kindertagesstätten im Rahmen eines Fachhochschulstudiums zu qualifizieren.

Herr Zenz bestätigt auf Nachfrage von Frau Matilou detailliert, dass die im Rahmen der Einrichtung von Familienzentren angekündigten Landesmittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro ausschließlich für die wissenschaftliche Begleitung, Evaluation und Ausbildung zur Verfügung stehen, nicht für die tatsächliche Arbeit in den Familienzentren.

Mehrere Ausschussmitglieder äußern Bedenken, dass angesichts der bevorstehenden grundsätzlichen Kürzungen und der Auslastung der Mitarbeiter/innen zusätzliche Arbeit in die Einrichtung eines Familienzentrums investiert werden könne. Frau Bendig unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass viele der Aufgaben der künftigen Familienzentren seit langem zum Standard der Kindertagesstätten gehören. Erfreulich sei, dass der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten, wie bereits in der Pisastudie genannt, diskutiert wird.

Auf Nachfrage von Frau Schu berichtet Herr Zenz, die Familienzentren seien eine vom Ministerium vorgeschlagene und aus fachlicher Sicht zu begrüßende freiwillige Leistung, die gegebenenfalls von den Eltern gewünscht werde. Insoweit seien durchaus auch ansonsten in der Sozialarbeit vielleicht eher unübliche marktwirtschaftliche Gesichtspunkte im Spiel, wenn es um die Frage geht, ob man sich zu einem Familienzentrum weiter entwickeln und an dem Modellprojekt teilnehmen will. Auf Nachfrage von Frau Poljak führt er weiter aus, dass die Verwaltung auch hinsichtlich der Familien mit schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen Vorschläge zur Weiterentwicklung von Beratungs- und Hilfsangeboten erarbeite. In den Familienzentren selbst solle der Fokus zunächst auf Familien mit kleineren Kindern gelegt werden. Die fachliche Diskussion beziehe tatsächlich auch eine engere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und z.B. Hebammen und Kinderärzten unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung eines Frühwarnsystems mit ein.

Auf die Nachfrage von Frau Fahner berichtet Herr Zenz, das geplante Einsparvolumen des Landes bewege sich im dreistelligen Millionenbereich. Die Vorsitzende konkretisiert: 104,4 Millionen Euro. Bezogen auf Bergisch Gladbach, führt Herr Zenz weiter aus, bedeute das ganz konkret, dass bei den Kindertagesstätten vor Ort die Sachkostenpauschale reduziert werden müsse. Er bestätigt insoweit die Aussage von Frau Lehnert, es handele sich dabei um die Fortführung der bisherigen Kürzung, die ursprünglich bis 2005 befristet war.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Zenz und stellt im Übrigen das fortbestehende Interesse des Ausschusses an der Entwicklung der Familienzentren mit einem verbesserten Angebot für Familien fest.

<-@

8 **Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung (Primarbereich): Zeitplan (vorgezogen)**

@->

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden antwortet Herr Zenz, dass sich auf der Grundlage eines Rücklaufs von 55 % bei der Elternbefragung letztlich ein repräsentatives Ergebnis für ganz Bergisch Gladbach ergeben habe. Herr Zenz hofft, im Mai nähere Aussagen machen zu können.

Im Übrigen nehmen die Ausschussmitglieder die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

6 **Aktueller Stand RheinBerg-Passage**

@->

Die Vorsitzende weist einleitend darauf hin, dass es vordringlich darum gehe, die Kriterien des Leitfadens „Frauenbelange in der Stadtplanung“ bei der Planung der RheinBerg-Passage umzusetzen. Frau Lehnert weist darauf hin, dass der Leitfaden das Kriterium „gute Beleuchtung“ nicht enthalte.

Frau Müller-Veit informiert zunächst darüber, dass es dem Ausschuss im hier vorliegenden Bebauungsplanverfahren nicht möglich sei, bei der konkreten Architekturausgestaltung mitzuwirken, es sei trotzdem sinnvoll, die frauenspezifischen Belange anhand der Pläne zu schildern. Sie weist darauf hin, dass der ausgehängte Rechtsplan nur Flächen und ihre Nutzung festlege. Anhand verschiedener Schemagrundrisse erläutert sie sodann den Ausschussmitgliedern den derzeitigen Planungsstand des Einkaufszentrums mit den verschiedenen Anbindungen. Einen behindertengerechten und kinderwagentauglichen Zuweg wird es von der Grünen Ladenstraße aus geben. Wegen der topographischen Gegebenheiten werden Rampen und Treppen zu dem Einkaufszentrum führen. Alle Eingänge bis auf einen werden behinderten- und kinderwagentauglich angelegt. Auch entlang des Gebäudes wird es einen frei geführten, behindertengerechten Gehweg geben, der das Ergebnis bewusster Planung im Sinne von Vermeidung von Angsträumen sei.

Das sich an das Einkaufszentrum anschließende Parkhaus verfügt über drei Ebenen mit ca. 550 Parkplätzen und über drei Treppenhäuser, wovon eines mit einem Aufzug ausgestattet wird. Die heutigen Zufahrten werden in die Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße verlegt und optimiert. Sowohl die Parkebenen wie auch die Ebenen, die in die Märkte führen, sind über Rollsteige miteinander verbunden. In der Diskussion ist ein weiteres Treppenhaus, zentral von der Platzebene begehbar, weil das Parkhaus länger geöffnet sein wird als das Einkaufszentrum.

Insgesamt werden nach wie vor noch Details optimiert, beispielsweise sollten dort, wo dies möglich ist, Glasflächen verwendet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Höring erläutert Frau Müller-Veit, es werde vier abgeschotterte oder auf der Rückseite des Gebäudes liegende Anlieferungsmöglichkeiten geben, die zu festgelegten Uhrzeiten genutzt werden können. Die Müllbehälter werden in-

nerhalb des Gebäudes angesiedelt, Kühlanlagen sollen Geruchsbelästigungen vermeiden.

Nach eingehender Beratung fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden **Beschluss:**

**Der Ausschuss regt an, im weiteren Verfahren folgende Überlegungen zu berücksichtigen:**

- **gute Beleuchtung, innerhalb und außerhalb des Gebäudes**
- **Spielmöglichkeiten für Kinder, innerhalb und außerhalb des Gebäudes**
- **Ruhezonen/Sitzbänke, innerhalb und außerhalb des Gebäudes**
- **ausreichend Parkplätze für Frauen (hier soll darauf geachtet werden, diese nicht grundsätzlich mit einem Kinderwagen zu kennzeichnen), Großraumparkplätze, die Familien das Ein- und Ausladen von Kinderwagen ermöglichen, Behindertenparkplätze**
- **Sicherung von Geländern bzw. Mauern im Hinblick auf die Sicherheit von Kindern**
- **Wickeltische in den Damen- und Herrentoiletten im SB-Warenhaus**
- **gesicherte Fußgängerüberwege, insbesondere im Zufahrtsbereich der Tiefgarage.**
- **Neben dem geplanten Lebensmittelmarkt sollte auch ein Biomarkt vorhanden sein.**
- **Unübersichtliche Bereiche sollten vermieden werden.**

Die Vorsitzende dankt Frau Müller-Weit für die umfassende Darstellung des Planungsstands und äußert ihre Freude darüber, dass sie sich im Vorfeld bereits an den Kriterien des Leitfadens „Frauenbelange in der Stadtplanung“ orientiert habe.

<-@

## **9 Präventionsveranstaltung "Tatort Chatroom, Kinder im Internet - Gefahren die keiner kennt !"**

@->

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis und begrüßen das darin dargestellte Angebot grundsätzlich. Es wird mit Bedauern festgestellt, dass der in Bergisch Gladbach stattfindende Informationsabend am 23.03.2006 sich mit der Ratssitzung überschneiden dürfte, die an diesem Nachmittag angesetzt ist. Auf Nachfrage weist Frau Fahner auf die beiden anderen in Overath und Wermelskirchen stattfindenden Veranstaltungen als Ausweichtermine hin.

Mehrere Ausschussmitglieder regen die regelmäßige Wiederholung solcher Informationstermine in Bergisch Gladbach an, die dem aktuellen Sachstand und der sich verändernden Elternschaft angepasst sein sollten. Frau Lehnert weist auf die Notwendigkeit hin, Eltern für die Gefahren des Chattens im Internet zu sensibilisieren und dadurch eine verstärkte Aufmerksamkeit zu erreichen. Sie stimmt mit der von Frau Poljak gegebenen Anregung überein, einen von Kindern nutzbaren Internetanschluss in einen Raum zu legen, in dem Eltern ständig in Kontakt zu ihrem Kind stehen.

Zusätzlich regt Frau Poljak an, analog dem Fußgängerpass „Gefahren im Straßenverkehr“ einen solchen auch für die Nutzung des Internets anzubieten, möglicherweise

über die Schulen, wo Recherchen der Schüler und Schülerinnen via Internet zum Alltag gehören oder auch als Hausaufgabe verlangt werden.

In diesem Zusammenhang regt Frau Scheerer an, Eltern auch auf die Gefahren der Verbreitung jugendgefährdenden Bild- und –Filmmaterials per Handy zu informieren. Besonders besorgniserregend sei die Zunahme über Handys verbreiteter Gewaltvideos.

Frau Fahner erklärt sich auf Anfrage der Vorsitzenden bereit, vorgenannte Anregungen verwaltungsintern weiterzugeben.

<-@

## **10 Umsetzung der Aufgabenschwerpunkte des Frauenbüros im Jahr 2005**

@->

Unter Zustimmung der anderen Ausschussmitglieder dankt die Vorsitzende für die mannigfaltig im Frauenbüro geleisteten Aufgaben. Auf Nachfrage von Frau Lehnert berichtet Frau Fahner über die 20 %ige Kürzung des Landes bei der Finanzierung der Regionalstelle in 2006. Durch Arbeitszeitreduzierung und Einsparungen in der Öffentlichkeitsarbeit sei es dennoch gelungen, die Regionalstelle zu erhalten. Insofern könne bereits jetzt festgestellt werden, dass sich die bisher gebotene Fülle an Aufgabenwahrnehmung in Zukunft nicht fortsetzen lasse.

<-@

## **11 Dokumentation Mentoring "Women Partnership"**

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis und teilen die von Frau Fahner bekundete Freude über das deutschlandweite Interesse an diesem Projekt. Die Broschüre wurde beispielsweise von Unternehmen, anderen Kommunen und einigen Ministerien angefordert.

<-@

## **12 Frauenpolitische Informationen**

@->

Die Vorsitzende bedankt sich für die Zusammenstellung der Veröffentlichungen und hebt besonders die Artikel über den Frauenausschuss im Landtag NRW und über die Gründe, warum Berlin beim Gender Budgeting vorne liegt, hervor.

<-@

## **13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

@->

Frau Matilou richtet unter Zustimmung der Vorsitzenden und anderer Ausschussmitglieder folgende Anfrage an die Stadtverwaltung:

**Besteht die Möglichkeit – ähnlich einem im Jugendhilfeausschuss angeregten Bericht zum Gewaltschutzgesetz hinsichtlich der Auswirkung auf Kinder und**



**Jugendliche – den Ausschussmitgliedern des AGFM zur Situation der Frauen nach mehrjähriger Anwendung des Gewaltschutzgesetzes durch die Polizei zu berichten?**

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

<-@